



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

82 (18.2.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-183967](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-183967)

# Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlicher: Dr. Fritz Goldbaum. Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Goldbaum, für Literatur: Hans Götting, für Lokal- und den übrigen redaktionellen Teil: Richard Schöcher, für Kunst: Franz Richter, für Anzeigen: Anton Gröber. Druck und Verlag: Dr. Hans Mannheimer General-Anzeiger & Co. in Mannheim. Druck-Nr.: General-Anzeiger Mannheim. Post-Nr.: 2917. Subskriptionspreis: 12.00. Fernsprecher: 2917. Telephon: 2940-2946.

Badische Neueste Nachrichten  
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die Spalte Kolonialzeitung für den hiesigen Bezirk 40 Pf., für auswärts 50 Pf., für auswärtige 60 Pf., Kellern Nr. 256. Anzeigenpreis: Montagblatt normaler 8 1/2 Uhr, Abendblatt normaler 7 1/2 Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben sind die Veranschlagung zu berücksichtigen. Belegblätter in Mannheim und Umgebung monatlich 12. — mit Belegblätter. Postgebühr: Viertel, 12. 642 einseitig. Zustellungsgebühr: Bei der Post abgeholt 12. 670. Einzel-Druck 19 Pf.

## Der Aufmarsch im Osten.

Von Max von Beren.

Die russisch-bolschewistische Armee ist mit ihren Hauptmassen an den über Witebsk, Orscha und Mohilnar führenden Bahnlinien gemeldet worden. Zunächst war eine Bewegung russischer Truppen nach dem Süden hin beobachtet worden, doch kurz darauf wurde der russische Vormarsch nach dem Süden unterbrochen. Es folgte das Zurücknehmen der 3., 4. und 5. bolschewistischen Armee von den Grenzen der Ukraine, was von den Ukrainern als ein Sieg verkündet wurde.

Es kam nunmehr zu einer Reihe von Zusammenstößen im äußersten Norden, wo zunächst schwache russische Vortruppen an der Linie des kleinen Flusses Windau in Fühlung mit den deutschen Truppen stehen. Bei Turtsehe, das an der von Wernau nach Riga führenden Bahn liegt, gelang es deutschen Abteilungen, die Russen zurückzudrücken. Der Ort wurde von deutschen Truppen im Kampfe genommen. Es ist jedoch hieraus nicht etwa zu entnehmen, daß in der Tat eine so starke nördliche Verschiebung der russischen Hauptmassen stattgefunden hat, wie es ein Vermitteln starker russischer Streitkräfte in dieser Gegend bedeuten würde. Vielmehr müssen die russischen Hauptkräfte noch immer zwischen Smolensk und Wilna vermutet werden. Es wird nämlich ein russischer Führer zur Ungern seine sämtlichen Truppen in dem Winkel zwischen der Düna und dem Wibauer Strand einzuwängen, wo nur zu leicht die auf Rostau laufenden Verbindungen der russischen Armee, aus der Richtung von Kowno her, durchschnitten werden könnten.

Die Kämpfe im Gebiet der Windau zeigen auch, daß es augenblicklich nur schwächere russische Streitkräfte sind, die dort angreifen. Sie werden also voraussichtlich den Charakter von Vorpostenkämpfen auch in der nächsten Zeit behalten. Auch hieraus ergibt sich, daß vorläufig der Hauptvorstoß der Russen weiter südlich, von Rinst her, zu erwarten ist.

In Form eines Aufrufs an die Armee hat die bolschewistische Regierung ihrem Armeeführer, dem General Tschermisow, den Befehl gegeben, in Ostpreußen einzudringen. Hiermit wird die Sachlage insofern geklärt, als demnach ein Einfall in polnisches Gebiet zunächst nicht in Frage kommt. Es wird also der Operationsplan der Russen ein Uberschreiten der deutschen Grenze durch russische Hauptkräfte zwischen Johannisburg und Wernau in Betracht ziehen müssen. Der Schwerpunkt der Kämpfe fällt dann aber in die Gegend von Johannisburg—Ossowiek.

Eine starke deutsche Verteidigung könnte vielleicht bewirken, daß den Russen dieser kürzeste Weg nach den östlichen Gebieten verweigert würde und die Russen insofern gezwungen wären, in Polen einzubringen, um ihren nachdrücklichsten Vormarsch nach Westen hin durchzuführen zu können. In diesem Augenblick aber würde dem polnischen Reich sofort der Zusammenbruch drohen, wenn es auch sämtliche Kräfte den Russen entgegenstellen sollte, die doch niemals einem russischen Zweimillionheer gewachsen sein könnten.

Nachdem von einem Vertrage oder Bündnis zwischen Polen und dem bolschewistischen Rußland nicht die Rede gewesen, und es ist auch nicht denkbar, daß ein Waffenbündnis zwischen Polen und Rußland unter seiner jetzigen Regierung jemals abgeschlossen wird, weil gerade der polnische Staat auf dem Grundsatze der Autorität seiner bestehenden Klassen aufgebaut ist und niemals auf bolschewistische Prinzipien einzugehen könnte, ohne die Fundamente seines neuen Staates selbst zu zerstören.

Nicht also der bolschewistische Sturm im Osten los, so kann wohl Polen kaum noch länger die Masse seiner Streitkräfte gegen den deutschen Osten im Kampfe einsetzen, der eine energische Abwehr bezweckt, jedoch lediglich das Bestreben einer Erweiterung des Machtbereichs des polnischen Staates bezweckt. Um alles, was polnischer Ehrgeiz fordert, zu gewinnen, setzt der neue polnische Staat also schon jetzt seine Existenz aufs Spiel; denn an der Ostgrenze des polnischen Reichs, wo ihm wirkliche Gefahr droht, wie am West-Nilowst, wurden nur äußerst schwache polnische Truppen gemeldet, so daß eine deutsche Kompanie bereits genügt, um dort die polnischen Streitkräfte zu werfen, als hätte hier im Abmarsch befindlichen deutschen Truppen angefallen verstanden.

Welche weißt der von Polen vorgeschlagene Waffenstillstand darauf hin, daß auch die polnische Regierung die ihr drohende Gefahr des bolschewistischen Ansturms übersehen und sich für die neuentstehenden militärischen Aufgaben eines Schutzes der Ostgrenze des polnischen Staates vorbereiten will. Wenn die Entente die das polnische Reich in jeder Hinsicht unterstützen, so verlangen sie doch gleichzeitig vor allem eine völlige Trennung Polens vom bolschewistischen Rußland, was niemals würden sie ein Zusammengehen Polens mit bolschewistischem Rußland gestatten. Das bildet auch die Voraussetzung dafür, daß die Entente Länder jetzt Getreide dem neuen polnischen Staat liefern.

Für Deutschland stellt sich nun die militärische Lage im Osten augenblicklich noch so dar, daß sowohl Polen wie auch gleichzeitig gegen die Grenzen des deutschen Reichs anstürmen. Solange die Russen in der Winterzeit im Vormarsch mit großen Truppenmassen gehindert sind, steht auch die Abwehr der Einfälle bolschewistischer Heerhaufen noch im Vordergrund des Betrachtens. In dem Augenblick aber, wenn neue russische Massen gegen die Grenzen Ostpreußens zum Vordringen kommen, muß für das deutsche Heer der Schwerpunkt im Kampfe dorthin fallen, während die Operationen gegen Polen dann an Bedeutung verlieren.

Von der Kampfscheidung zwischen deutschen und russisch-bolschewistischen Heeren, nämlich auch der Kampf-

erfolg im deutschen Gebiet gegenüber Polen insofern abhängig, als der Sieger auf dem Hauptkampfsplatz hiermit auch gleichzeitig den Kampf auf einem polnischen Nebenkampfsplatz gewinnt.

## Die endgültige Reichsverfassung.

Der neue Entwurf.

Weimar, 18. Februar. (Von unserem Vertreter.) Der neue Entwurf der endgültigen Reichsverfassung liegt nunmehr fertig vor. Er hat gestern das Reichsministerium beschäftigt und dort vollständige Einstimmigkeit gefunden. Nun hat ihn noch der Staatsausschuß zu beraten. Das kann, wenn das Eisenbahngesetz den Einzelnen zur Zeit nicht in Weimar weilenden Teilnehmern des Staatsausschusses hoch ist, noch heute geschehen. Der Entwurf, der dann gegen Ende der Woche voraussichtlich die Nationalversammlung beschäftigen wird, sieht natürlich anders aus als die ursprüngliche Vorlage.

Herr Dr. Preuß hat in seinem idealistischen Schwung die Kräfte der parlamentarischen Widerstände unterschätzt. Er hat Wasser in seinen Wein gießen und sich zu manchem Kompromiß verstehen müssen. Aber im allgemeinen ist der Reichsminister des Innern, wie er heute in einer Versammlung vor Vertretern der Presse erklärte, mit dem Gang der Dinge zufrieden. Bis auf wenige Punkte glaubt er der Zustimmung auch des Staatsausschusses sicher zu sein. Bei 109 Artikeln, in die das Verfassungsgesetz zerfällt, sind es nur 2 oder 3 Punkte, über die sich nach seiner Ansicht vielleicht eine Einmütigkeit wird erzielen lassen. In diesen Fragen wird dann die Nationalversammlung den Ausschlag zu geben haben.

Ganz glatt werden die Dinge wohl auch trotzdem nicht verlaufen. Sie werden sich vor allem im Raume stoßen müssen, wenn erst die preussische Verfassung fertig sein wird, die im großen und im kleinen eine Nachbildung der Reichsverfassung sein wird und deshalb auch an die Spitze des preussischen Staates einen Präsidenten zu setzen gedenkt. Dann wird es wohl oder übel zu Reibungen kommen müssen und vielleicht wird man eines Tages einsehen, daß es ein guter und schöpferischer Gedanke des Dr. Hugo Preuß war, daß er für das republikanische Deutschland von vornherein andere Wege einschlagen wollte, als für das monarchische deutsche Reich, das im Grunde ja kein Bundesstaat gleichberechtigter Glieder, vielmehr nur das verlängerte Preußen des alten Kaisers Wilhelm ist.

Auch in einem anderen Punkte wird die Nationalversammlung wohl zwischen Reich und Staatsausschuß zu entscheiden haben: dort, wo der neue Entwurf gleich dem alten vorsieht, daß unter Umständen die einzelnen Staaten sich einen Eingriff in ihre Gebietshoheiten gefallen zu lassen haben, wenn dadurch allein die Abwendung nicht lebensfähiger Gebilde und die Verminderung ihrer Zahl erreicht werden kann. Nach dieser Richtung wird auch die Bestimmung wirken, daß Staaten, die weniger als eine Million Einwohner haben, in den ersten 3 Jahren keine Stimme im Reichsrat haben sollen. Der Reichsrat tritt, wie wir schon mitteilten, in der neuen Vorlage an die Stelle des ursprünglichen, von Dr. Preuß vorgeschlagenen Staatsrates, er ist in gewissem Sinne eine Nachbildung des Bundesrates, aber doch wieder etwas anderes, etwas anderes auch schon um deswillen, weil er in seiner Zusammensetzung die Bevölkerungszahl eine gewisse Rolle spielen läßt. Freilich möchten wir nicht verschweigen, daß man in politischen Kreisen, zumal der Linken, der Ansicht ist, daß der Reichsrat in der vorgeschlagenen Form nicht die Zustimmung des Parlaments finden wird.

## Die Krise in Bayern.

Der drohende Bürgerkrieg in Nürnberg verfließt.

München, 18. Februar. (W. B.) Im Verlauf der Sitzung gab der Arbeiterrat Frank namens der Mehrheitssozialisten die Erklärung ab, daß diese infolge der neuen Tatsachen nunmehr für den Antrag auf Weiterung stimmen werden. (Bravo.) Ein dringender Antrag der Soldatenräte verlangt, daß sofort drei Mitglieder des Kongresses sich nach Nürnberg begeben, um den drohenden Bürgerkrieg unter allen Umständen zu verhindern. Der Soldatenrat Schröder verlangt entschlossenes Handeln in der gefährlichen Nürnberger Situation. Es soll sofort in Verhandlungen mit der sozialistischen Partei eingetreten werden. Die Situation ist so, daß, wenn es uns nicht gelingt, moralisch auf unsere Brüder einzuwirken, die morgige Tagung von außerordentlicher verhängnisvoller Bedeutung für das gesamte Proletariat Bayerns sein kann. Der Arbeiterrat Mühsam führte die Nürnberger Vorfälle auf den Köpfbüchlerschen Erlaß zur Bildung einer weißen Garde zurück. Der Kongress sollte darauf verzichten, für die eine oder andere Partei Stellung zu nehmen. Ein Vertreter der Mehrheitssozialisten erklärte, daß die von Mühsam vorgebrachten Gründe für die Nürnberger Vorfälle nicht zutreffen; es handelte sich in Nürnberg um spartakistische Dinge, die wir nicht unterstützen können. Wir können nicht zugeben, daß es eine handvoll Leute so weit treibt, daß es zum Blutvergießen kommt. Deswegen findet morgen eine Demonstration statt. Es wird den Spartakisten ein Ultimatum gestellt, das Generalkommando zu räumen.

Nach weiterer Debatte wurde einem Antrag auf Entsendung einer besonderen Kommission nach Nürnberg zugestimmt. Damit ist die Sitzung zu Ende.

München, 18. Febr. (Priv.-Tel.) In Nürnberg ist es zu einer Vereinbarung zwischen den Unabhängigen und den Spartakisten einerseits und den Mehrheitssozialisten andererseits gekommen. Nach dieser Vereinbarung sind die von den Unabhängigen und Spartakisten vorgenommenen Besetzungen wieder aufgehoben worden. Die

Parteien haben sich also geeinigt. Das Generalkommando und sämtliche Tageszeitungen sind von den Spartakisten wieder freigegeben worden. Heute vormittag hat in Nürnberg eine große Demonstration der Mehrheitssozialisten stattgefunden, die einen ruhigen Verlauf nahm.

Die Nürnberger Vorgänge kamen am Montag auch in dem Rätekongreß in München zur Sprache.

Verbreitung der spartakistischen Bewegung in Niederbayern.

München, 18. Febr. (W. B.) Die spartakistische Bewegung scheint sich auch bis in das entlegene bayerische Waldgebiet in Niederbayern zu verbreiten. In dem Waldorte Zwiesel ereigneten sich bedauerliche Vorfälle. Etwa 300 Erwerbslose zogen zum Magistrat, wo es zu stürmischen Austritten kam. Es wurden Tische und Stühle umgeworfen und der gerade anwesende Bezirksamtmann von Regen mit Tinte beschüttelt und mit Stöcken schwer bearbeitet, so daß er schwer verletzt wurde.

Wiederaufnahme der Berichterstattung über den Rätekongreß.

München, 18. Febr. (Pr.-Tel.) Der Vorsitzende des Kongresses der A. B. und S.-Räte, Herr Rieck, hat eine Erklärung abgegeben, in der er die Presse zur Wiederaufnahme der Berichterstattung einladet und den Vertretern der Presse zusichert, daß in allen parlamentarischen Körperschaften genügende Vorkehrungen getroffen werden soll, daß sie in Zukunft ungehindert ihre Berufstätigkeit im Kongreß ausüben können. In Anbetracht dieser Erklärung hat die Münchner Presse sich zur Wiederaufnahme der Berichterstattung über den Rätekongreß entschlossen.

## Die Kohlennot und ihre Ursachen.

Von Bergmann Winnefeld, Mitglied der Nationalversammlung.

Zu den großen Aufgaben, die die Nationalversammlung zu lösen hat, gehört die Wirtschaftsfrage. Hier herrschen vielfach trostlose Zustände. Es fehlt an Rohstoffen aller Art. In vielen Betrieben übersteigen die Löhne das Vielfache des Wertes der Produktion. In diesen Fällen ist mit mathematischer Sicherheit der Zusammenbruch vorauszuweisen. Ein Fundament der gesamten Wirtschaft ist die Kohle. Auf dem Gebiete der Kohlenversorgung sieht es beinahe sehr schlecht aus. Viele Industrien sind infolge Kohlenmangels eingestellt worden. Die Allgemeinheit ist leider allzuwenig gereizt, für alle diese Zustände dem Bergarbeiter als solchen verantwortlich zu machen. Durch diese Auffassung leidet der Bergmann in seinem Ansehen außergewöhnlich. Hier möchte ich betonen, daß der Bergmann im allgemeinen von einem hohen Pflichtbewußtsein getragen wird, für die Allgemeinheit diejenigen Kohlenmengen zu schaffen, die zur völligen Befriedigung des Verbrauchs erforderlich sind. Die Gründe der geringen Kohlenförderung liegen auf den verschiedensten Gebieten. Die mangelhafte Wagenverteilung im Ruhrrevier hat zur Folge, daß die gefördertten Mengen nicht völlig zum Versand kommen können. Auch ist die geringe Ernährung der Bergarbeiter und die hohe Krankheitsziffer z. B. von großem Einfluß auf die Kohlenförderung. Die Hauptursache ist aber in dem Vorgehen des Essener Arbeiter- und Soldatenrats zu suchen, der durch die Besetzung des Bergbauvereins und des Kohlenyndikats in Essen die sofortige Verstaatlichung des Kohlenbergbaus in die Hand nehmen will. Durch dies Vorgehen ist eine unheilvolle Verwirrung auf dem Gebiete der Kohlenproduktion eingetreten. Einzelne Grubenverwaltungen werden direkt an der Ausübung ihrer Geschäfte gehindert, die Besessenen werden terrorisiert durch umherziehende Spartakisten, die die einzelnen Besessenen aus der Grube herausholen und gegen ihren Willen in den Streik zwingen. Unter diesen Umständen erscheint es ausgeschlossen, daß der anständige Teil der Ruhrbelegschaft die Verantwortung für eine regelmäßige Kohlenlieferung übernehmen kann. Es ist die Sache des Reiches, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für Ruhe und Ordnung zu sorgen, damit jeder Einzelne, ob Beamter oder Arbeiter, seiner hohen Aufgabe gerecht werden kann. Wir Bergarbeiter haben nicht nur die Pflicht, sondern auch ein Recht auf Arbeit. Das, was wir fordern, ist Ruhe und Ordnung, Frieden und Brot für unsere Familien und uns.

## Die Lage im Ruhrrevier.

Berlin, 18. Februar. (Von unserm Berliner Büro.) In Kämpfen zwischen den Regierungstruppen und den Spartakisten im Ruhrrevier ist es bisher nicht gekommen. Das Generalkommando des 7. Korps in Münster hat die Regierung um weitere Verstärkung ersucht, da die bisher abgeforderten Abteilungen nicht ausreichen. Eine Entscheidung über dieses Erluchen ist bisher nicht gefallen.

Berlin, 18. Febr. (Von unserm Berliner Büro.) Aus Bochum wird gemeldet: Auf den meisten Zügen des Bochumer Bezirks sind heute früh die Besessenen nicht eingefahren. Die Mehrzahl der Bergleute ist zwar gegen den Streik, sie beugt sich aber dem Terror der Spartakisten.

30 000 Mann Regierungstruppen zusammengezogen.

Hannover, 18. Febr. (Pr.-Tel.) Wie wir erfahren, werden zur Niederwerfung der Spartakistenherfschaft im Ruhrrevier 30 000 Mann Regierungstruppen zusammengezogen. Die Spartakisten haben am Sonntag und Montag mehr als 100 Zechen und 40 Gemeindevorstellungen des Kohlengebietes besetzt. Nach dem vorliegenden amtlichen Bericht befinden sich heute früh neun Zehntel des Ruhrreviers in der Hand der Kommunisten, die jeden Kohlenabtransport gewaltig verhindern.

### Der Fall Liebnacht-Rosa Luxemburg.

Weimar, 18. Febr. (Von unserm Vertreter.) Zu der Veröffentlichung der zurückgetretenen Vertrauensleute, die an der Untersuchung wegen der Tötung von Rosa Liebnacht und Rosa Luxemburg teilgenommen haben, erfahren wir von zuständiger Stelle:

Es ist richtig, daß der Gang der Untersuchung sich in der letzten Zeit verlangsamt hat, das lag aber zum Teil an den Verhandlungen über die Zuziehung von Vertretern der Familien der Getöteten, zum Teil an dem Aufenthalt der Regierung in Weimar, wohin die Akten mehrmals gebracht werden mußten. Die Schwierigkeiten die einer Aufklärung des Tatbestandes im Wege standen, waren von Anfang an sehr groß, da es bei den ersten Untersuchungen verfaßt worden war, Protokolle aufzunehmen. Die durch die freiwilligen Verbürden zusammengewürfelten Gruppen führten nicht genaue Nachbücher, die Leute kannten sich zum Teil untereinander nicht mit dem Namen. Soweit die Staatsanwaltschaft zu der Untersuchung herangezogen worden ist, haben die Feststellungen ihren Zusammenhalt verloren. Es ist auch zu betonen, daß die Untersuchung schon deshalb große Mühe verursacht hat, da man die beteiligten Soldaten nicht ermitteln konnte. Des hat reichlich lange gedauert.

Der Jäger Kunge, der den ersten Schlag gegen Rosa Luxemburg geführt hat, ist auf seinem Transport zu seinem Truppenteil desertiert. Die meisten Angaben, die von den verhafteten Soldaten gemacht worden sind, haben sich als Klatsch herausgestellt. Das Verfahren gegen Leutnant Vogel wegen ungenügender Bewachung der Arrestantin Luxemburg geht weiter.

Die Untersuchung wegen der Tötung Liebnachts ist deswegen auch an einen toten Punkt gelangt, weil die Beteiligten als Täter beschuldigt sind und unbeteiligte Zeugen fehlen. Objektive Merkmale einer strafrechtlichen Schuld sind nicht vorhanden. Ob eine Klage wegen Mißbrauch der Waffen erhoben werden soll, muß das Gericht entscheiden. So gefährlich es auch klingt, daß 5 Männer den Arrestanten Liebnacht nicht ohne Waffengewalt von einem Stützort abhalten können, so muß man doch die öffentliche Aufregung berücksichtigen, die es nicht unerklärlich macht, daß bei einem pfeiflichen Stützort von den Schußwaffen Gebrauch gemacht werden muß.

### Nationalversammlung.

Angriffe gegen Erzberger.

Weimar, 18. Febr. (Von unserm Vertreter.) Zu Beginn der heutigen Sitzung verlas Präsident Fehrenbach die Kundgebungen, die aus Bismarck, Bismarck und Bismarck gekommen sind und gegen die Auslieferung dieses deutschen Gebietes an die Polen protestieren. Einiger Gegenstand ist die Interpellation Helms, mit der die Aussprüche über die Verlängerung des Waffenstillstandes verbunden ist. Begründet wird die Interpellation von einem neuen Mann, Generaldirektor Boegler, von der Deutschen Volkspartei, die übrigens sich heute nicht mehr zusammen mit der Konföderation sind, sondern den äußersten Reil auf der Rechten zuzurechnen haben, entsprechend den Eigen der Unabhängigen auf der linken Seite des Hauses. Die Rede des Generaldirektors Boegler von der Dornmunder Union ist — und daraus macht der Redner auch gar keinen Hehl — eine Rede für die Interessen der schwer benachteiligten Eisenindustrie.

Die Schuld daran gibt Herr Boegler dem Reichsminister Erzberger, dem er vorwirft, daß er sich nicht genügend bei den Verhandlungen mit dem Feinde von Sachverständigen der Eisenindustrie hätte beraten lassen. Allmählich wächelt sich die Rede zu einem konzentrischen Angriff gegen Herrn Erzberger aus.

Berlin, 18. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Wie die „S.“ erfährt, wird in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung Reichsminister Erzberger die von der Deutsch-Nationalen Fraktion eingebrachte Interpellation über das Waffenstillstandsabkommen im Namen der Reichsregierung beantworten. Erzberger wird erklären, daß die Waffenstillstandskommission auch in Zukunft grundsätzlich nicht dem auswärtigen Amt unterstellt werden soll, daß aber der Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten die Oberleitung in allen Waffenstillstandsfragen haben wird und die Nationalversammlung über alle wichtigen Entscheidungen gefragt werde und ihr Rat abgeben soll.

### Das Reichsmarineamt.

Weimar, 18. Febr. (Von unserm Vertreter.) Unter dem Reichsminister führt bis auf weiteres der Vizeadmiral Koga die Geschäfte des Reichsmarineamtes. Er hat sich aber keine Stimme im Kabinett. Ihm sind sämtliche Kommando- und Verwaltungsbefehle der Marine unterstellt. Vizeadmiral Koga ist ein Sohn des früheren Oberhofpredigers. Er hat sich der Beförderung des Staatssekretärs Admiral Rann die Geschäfte bereits geföhrt. Erzberger von Rann hat seinen Abschied eingereicht.

Weimar (Schloß), 18. Febr. (WB.) In der am 17. Febr. unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Preuß abgehaltenen Vollversammlung des Staatenausschusses erklärte sich der Staatenausschuss auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar damit einverstanden, daß folgende Gesetzentwürfe der Nationalversammlung vorgelegt werden: 1. Entwurf des Gesetzes zur Überleitung der verfassungsrechtlichen Vorschriften; 2. der Entwurf des Gesetzes über Gewährung von Entschädigungen an Mitglieder der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung und 3. der Entwurf des Gesetzes zur Abänderung der Verordnung über Rückgabe der in Frankreich und Belgien festgenommenen Betriebseinrichtungen vom 1. Februar.

### Deutsches Reich.

Die Mitwirkung d. Arbeitnehmer-Ausschüsse bei Kündigungen behandelt Heinz Bokhoff in der Hülfe. Er stellt zum Schluß seiner Untersuchung die folgenden Forderungen auf:

Man wird nicht so weit zu gehen brauchen, jede Entlassung eines Arbeiters oder Angestellten von der Zustimmung des Ausschusses abhängig zu machen. Aber in folgenden vier Fällen sollte diese als Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit der Kündigung vorgeschrieben werden:

1. Bei der Kündigung eines Ausschussmitgliedes, § 14 der Verordnung vom 23. Dezember 1918, der den Arbeitgebern bei Strafe unterlagt, ihre Arbeiter und Angestellten wegen der Übernahme oder der Art der Ausübung der Tätigkeit als Mitglied eines Ausschusses zu benachteiligen, entspricht den Vorschriften des Hilfsdienstgesetzes, der Berücksichtigung, der Gewerbe- und Kaufmannsgesetzgebung. Alle diese Bestimmungen haben nur auf dem Punkte, solange die Kündigung ohne Angabe eines Grundes zulässig bleibt — es sei denn, daß die Organisationen endlich einmal wegen Benachteiligung eines Arbeitnehmers durch unangenehme Kündigung Strafanzeige erlassen und ein Gericht den Unternehmer zur Rechtfertigung zwingen. Der wirksamste Schutz ist der Ausschuss der Kündigung — es sei denn, daß ein „wichtiger Grund“ zur sofortigen Entlassung vorliegt oder der Ausschuss die Kündigung als berechtigt anerkennt.
2. Bei der Kündigung eines niedereingestellten Kriegsteilnehmers oder eines Schwerbeschädigten. Mindestens für die nächsten Monate, in denen die Erwerbsmöglichkeiten schwierig und ungewiß sind, müssen gerade diese Arbeitnehmer vor grundlose Entlassung geschützt sein.

3. Bei Entlassung eines Arbeitnehmers, der seit einer Reihe von Jahren ununterbrochen im Betriebe tätig ist. Kommt es dann, wenn mit der Beschäftigung die Möglichkeit zu irgendwelchen Klassen oder sonstigen Wohlfahrtsvereinigungen verbunden ist und womöglich Zwangsbeiträge gezahlt sind, deren Wert beim Ausscheiden verloren geht.

4. Schließlich sollte auch, wenn in Großbetrieben (über 100 Arbeitnehmer) eine Verminderung der Arbeiterzahl um einen erheblichen Teil (etwa mehr als ein Zehntel) eintritt, die Zustimmung der zu Entlassenden an die Zustimmung des Ausschusses geknüpft werden. Wenn der Arbeitgeber die Entlassung darüber behält, ob die Entlassung erfolgen soll, so kann gegen die Mitwirkung der Betroffenen an der Auswahl kaum etwas eingemacht werden.

Einmalige Bedenken der Unternehmer gegen solche Bindungen verlieren sehr an Gewicht durch die Erwägung, daß es sich in den beiden ersten Fällen nur um sehr wenige Angestellte handelt, daß die „wichtigen Gründe“ unberührt bleiben, die neuen Vorschriften auf Arbeitnehmer mit vorübergehender und ausschließlicher Beschäftigung keine Anwendung finden und schließlich, daß eine Meinungsverschiedenheit über Kündigung dem Schlichtungsausschuss unterbreitet werden kann. Wenn auch die Bestimmungen über Entlassung und Entlassung von Arbeitnehmern während der wirtschaftlichen Demobilisierung nur den Charakter vorübergehender Maßnahmen haben, so dürfte ihr Inhalt doch in die künftige Gesetzgebung als dauernde Einrichtung übergehen, wenn sie sich bewährt haben. Deswegen ist zu wünschen, daß die Vorschriften klar sind und daß sie von beiden Parteien des Arbeitsverhältnisses in dem Sinne der Gemeinschaftlichkeit bejaht werden, die allein uns aus der gegenwärtigen Not retten kann.

### Erhaltung Preußens.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag besaßte sich in seiner Hauptversammlung vom 13. Februar ds. Js. mit der Frage der preussischen Einheit und den mannigfachen Bestrebungen zur Schaffung selbständiger Einzelrepubliken. Es wurde dabei folgender Beschluß gefaßt:

„Der Hauptzweck des Deutschen Industrie- und Handelstages ist es, für eine starke Reichsgewalt aus, auch wenn es nicht zur Bildung eines Einheitsstaates kommt. Bleibt es bei einem Bundesstaat, darf Preußen auf keinen Fall zerstückelt werden.“

Wir möchten erwähnen, daß an uns zahlreiche Anfragen ergangen sind, welche Stellung die Demokratische Partei zur preussischen Frage einnimmt, nachdem von ihr und ihren Vertretern Erklärungen sowohl für wie gegen die Zerstückelung Preußens ergangen waren. Leider können wir auf diese Frage noch immer keine Antwort geben. Es ist uns keine Kundgebung bekannt geworden, die als einheitliche und endgültige Stellungnahme anzusprechen wäre. Daß eine solche unbedingt bald erfolgen muß, leuchtet ein. Es ist einer großen Partei nicht würdig, daß ihre Anhänger in einer großen und entscheidenden Frage nicht wissen, welche Haltung die verantwortliche Leitung und damit die Gesamtpartei einnimmt. Und die Preußenfrage ist eine Frage, in der es heißt Farbe bekennen.

### Die deutsche Revolution.

Die vielen sich überschneidenden Ereignisse der deutschen Revolution ordnen sich zu, die sich oft widersprechenden Bedingungen zu liegen, einer. Ueberblick über die nachere Flut des vielfältigen Geschehens zu schaffen, ist eine Arbeit, die jeder politische Intellektuelle als sehr erwünscht und notwendig bezeichnet, die aber fast die Hälfte des Einzelnen zu überfordern scheint. Es ist deshalb dankbar zu begrüßen, daß die Redaktion des „Deutschen Geschichtskalenders“ es übernommen hat, das wichtigste Tatsachenmaterial zu sammeln und zu sichten. Das erste Heft, das die Ereignisse bis Ende November behandelt, ist schon im Verlag von Fritz Reiner in Leipzig erschienen.

Das zweite, die Ereignisse des Dezember behandelnde Heft, wird in den nächsten Tagen erscheinen.

### Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich.

Wien, 18. Febr. (Wiener Korr.-Büro.) Das endgültige Ergebnis der Wahl liegt noch nicht vor, da aus einzelnen Bezirken die Wahlergebnisse noch fehlen. Doch wird in unterrichteten Kreisen nach den bisher vorliegenden Meldungen folgende Gesamtlage erwartet: 75 Sozialdemokraten, 63 Christlich-Soziale, 22 Deutsch-Freiwillige, 1 Jüdische und 1 Jüdisch-Nationalen.

Außer den Wiener Wahlkreisen sind aus Nieder-Oesterreich von zwei weiteren Wahlkreisen die Ergebnisse bekannt und zwar sind gewählt: In der Wiener Neustadt 8 Sozialdemokraten, 2 Bauernbündler, 1 Christlich-Sozialer und 1 Deutsch-Nationaler. Im Wahlkreis St. Pölten sind drei Bauernbündler, 2 Christlich-Soziale, 3 Sozialdemokraten und 1 Deutsch-Freiwilliger gewählt. Die Ergebnisse aus den übrigen beiden Wahlkreisen stehen noch aus.

In Salzburg gelten als gewählt: 3 Christlich-Soziale, 2 Sozialdemokraten, 1 Mitglied der Demokratischen Städtevereinsigung und wahrscheinlich 1 Deutsch-Freiwilliger. In Ober-Oesterreich sind wahrscheinlich gewählt: 2 Deutsch-Freiwillige, 4 Mitglieder der Deutschen Freiheits- und Ordnungspartei, 11 Christlich-Soziale, darunter Landesoberhauptmann Prälat Dr. Hauser, 5 Sozialdemokraten. In Steiermark dürften nach den bis jetzt vorliegenden Teilergebnissen die Sozialdemokraten und die Christlich-Sozialen siegt haben.

### Letzte Meldungen.

#### Der Ausstand im Ruhrrevier.

Essen, 18. Febr. (WB.) Ueber den Umfang des Ausstandes im Ruhrrevier liegen noch keine zuverlässigen Angaben vor, da die Telephonanlagen der Zechen zum Teil von den Spartakisten besetzt sind. Es zeigt sich auch jetzt wieder, daß der größte Teil der Ausständigen sich nur durch Zwang an der Arbeitsniederlegung beteiligt hat, da die Bergleute mit Gewalt an der Einfahrt gehindert werden. So wird von der Zeche Roland mitgeteilt, daß die Belegschaft beschlossen habe, sich nicht am Streik zu beteiligen.

Da indessen der A- und S-Rat in Oberhausen erklärte, den Arbeitswilligen Schutz nicht gewähren zu können, sind die Arbeiter nicht eingearbeitet. In anderen Städten haben sich die Arbeiter mit der Bürgerwehr zusammengeschlossen, um fremde Elemente von den Zechen fern zu halten. In der gestrigen Mittagspause waren von etwa 50 Zechen anlagen die Arbeiter ganz oder teilweise im Ausstande.

c. Von der schweizerischen Grenze. 18. Febr. (Priv.-Tel.) Wie der Pariser „Tempo“ meldet, findet die kritische Lage im Ruhrrevier die ernsteste Beachtung des alliierten Kriegsrates. Sollten durch die spartakistischen Umtriebe die linksrheinischen Industriezentren ohne Kohlen bleiben, so werden die Alliierten den Waffenstillstand mit dreitägiger Frist beendigen und das Ruhrgebiet besetzen.

#### Tod vor dem Obersten Kriegsrat.

Paris, 18. Febr. (Havas.) Der Oberste Kriegsrat der Alliierten trat Montag nachmittag zusammen. Marshall Foch benachrichtigte ihn von der Annahme der Bedingungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes seitens Deutschlands. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

### Ein Franzose für deutschen Kolonialbesitz.

Bern, 18. Febr. (S. B.) „Journal de Geneve“ zufolge meldet der bekannte französische Schriftsteller Viktor Berard, der gerade vom Standpunkte der Sicherheit Frankreichs aus Deutschland nicht vom Kolonialbesitz ausgeschlossen werden dürfte. Deutschland habe den heiligen Krieg der Mohammedaner nur deshalb entfesselt, weil es keine muslimanischen Untertanen und dementsprechend nichts von den religiösen Gunstfaktoren zu befürchten hatte. Man müsse sich deshalb vor einem heiligen Krieg der Mohammedaner in Afrika hüten. Berard verlangt deshalb, daß Deutschland einen Teil von den afrikanischen Kolonien abgibt und schließt vor, daß Deutschland als Mandatar des Völkerbundes Kamerun und Ostafrika zur Verwertung erhält.

### Zur Regelung der Kolonialfrage.

Amsterdam, 17. Febr. (WB.) „Algemeen Handelsblad“ schreibt über den Paragraphen des Biltzertuntentwurfes, der die Regelung der Kolonialfrage betrifft: Wir können hierin vorläufig nichts anderes erblicken, als den mehr oder weniger schweibigen Versuch, die Verteilung der Kolonialbeute unter schönen Lösungsworten zu verbergen und Deutschland von jedem Kolonialbesitz auszuschließen.

„Nimm von dem Dog“ schreibt: Man fragt sich, warum denn ersichtlich ist, daß Deutschland in seinen Kolonien es nicht bunter trieb als andere Mächte, die überförsigen Besitz haben. Treten etwa die Portugiesen in ihren Kolonien mehrförsiger auf?

### Kurven in Spanien.

Amsterdam, 17. Febr. (WB.) Einem hiesigen Blatte zufolge meldet die Times aus Barcelona, daß der Belagerungszustand in Stadt und Bezirk Barcelona aufgehoben ist. Die nationalistischen Agitatoren sind verhaftet oder an Bord der vor Anker liegenden Kriegsschiffe gebracht. Die nationalistischen Parteien beabsichtigen, die Selbstverwaltung durch Revolution zu erzwingen.

Madrid, 18. Februar. (WB.) Die Botschaft in Granada schloß sich. Die Manifestanten besetzten die Büros der Zeitung „Defensa Granada“. Der Belagerungszustand wurde aufgehoben. Die Studenten von Madrid blieben von den Kollagen fern, indem sie gegen die Ereignisse in Granada protestierten. Sie veranstalteten eine Kundgebung vor dem Hause, wo sich der Delegierte Cochica, der Bruder des Bürgermeisters von Madrid, hielt und forderten dessen Ausweisung. Sie warfen Steine gegen die Festsche und ließen die Kundgebung in den Straßen fort. Roubonnes erklärte Cochica auf eine Interpellation der Kammer, daß er die Ereignisse beobachtet. Die Abberufung des Bürgermeisters genüge nicht, um die Ruhe wieder herzustellen.

## Handel und Industrie.

### „Papyrus“ Aktiengesellschaft Mannheim.

Der auf heute vormittag anberaumten außerordentlichen Generalversammlung wohnten 7 Aktionäre mit 471 Stimmen bei. Der einzige Punkt der Tagesordnung betraf die Ermächtigung des Vorstandes zum Abschluß eines Pachtvertrages. Es handelt sich um die Papierfabrik Weissenstein A.-O. in Weissenstein bei Pforzheim, deren Aktien zum größten Teil die „Papyrus“ übergegangen sind. Der Pachtvertrag empfiehlt sich aus internen Gründen, sowie auch zur Vereinfachung der Leitung. Die ganze Betriebseinrichtung wird gegen eine bestimmte Summe von der Papyrus auf eine Reihe von Jahren übernommen und die Dividende in gleicher Höhe wie bei „Papyrus“, mindestens 6% ausbezahlt.

Die Versammlung erklärte sich einstimmig und debattieren mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden.

### Mannheimer Aktienbörse.

An der heutigen Börse stellten sich Benz, Maschinenbau, Badenia- und Süddeutsche Drahtindustrie-Aktien etwas höher. Auch die Aktien der Unionwerke Mannheim wurden zu höheren Kursen gehandelt. Sonst waren noch Phiz, Preßbuden- und Spinnfabrik-Aktien über gestrigen Kurs begehrt.

### Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 18. Febr. (Pr.-Tel.) Die Geschäftskreise bewahren ihre außerordentliche Zurückhaltung, was sich heute besonders in den Gebieten der Werte, in denen Notierungen genommen werden, bemerkbar machte. Erste Notierungen kamen nur in Farberwerke Höchst statt, welche 253 (-1%) und Daimler Motoren 221 (unverändert) in den Verkehr traten. Westfälische Leihgeber gestattete sich das Geschäft in ausländischen Renten, Mexikanische Werte wurden in größeren Beträgen gehandelt. Neben Goldmexikaner wurden Silbermexikaner, besonders Tamulipas und Sao Paolo Eisenbahnen bei erhöhten Kursen abgesetzt. Reorganisationschancen, sowie Tientsin lagen ebenfalls fest. Oesterreichische Fonds standen ebenfalls bei höheren Kursen in Nachfrage. Das Interesse erhielt sich ferner noch für Tabak, welche ansehnlich höher gingen. Für lombardische Prämien, sowie Lombarden, kehrte 17%, erhielt sich weiter festige Stimmung. Sonst fanden bei erhöhten Kursen noch Heineich-Eisenbahn Beachtung. Was die übrigen Märkte betraf, so zeigte sich auf dem Montanaktienmarkt eine äußerst ruhige, kaum veränderte Haltung. Schiffsahrtspapiere sind bei sehr ringem Geschäft verhältnismäßig behauptet. Elektrische, chemische Werte blieben vernachlässigt. Unter den Kaffeeplantagen Heildurg bei besseren Kursen Abnehmer. Petroleumaktien unterlagen mäßigen Schwankungen. Im freien Verkehr standen Deutsche Maschinen etwas befestigt. Benzaktien zirkulierten auf dem Markt der Kassaindustriepapiere zeigte sich nur wenig Unternehmungslust, doch blieb die Tendenz gut behauptet. Das Geschäft war auch im weiteren Verlaufe durch die lebhafteste Bewegung der ausländischen Anleihen bebrochen, wo auch die Japaner sich der Aufwärtsbewegung anschlossen. Kriegsanleihen wurden später vollständig vernachlässigt. Die Börse schloß den üblichen Mätkim lustlos. Privatdiskont 3 1/2%.

### Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 18. Febr. (WB.) Der Verkehr der heutigen Börse wickelte sich größtenteils in sehr ruhiger Weise ab. Angebot und Ware kam nur vereinzelt heraus und da verschiedene Kurse Kautschuk sich zeigte, so trug die Haltung vorwiegend das Charakter der Festigkeit. Im einzelnen ist zu bemerken, daß die schlesischen Werte gegenüber den rheinisch-westfälischen größeren Festigkeit zeigten. Namentlich oberschlesische Eisenindustrieaktien und kerner Bismarckhütte-Aktien waren bemerkenswert gehoben. Andererseits stellten sich Lothringer Hütten im Verlaufe um 10 Prozent höher. Von Rüstungswerten gaben Deutsche Waffenwerke Rheinische Metall, sowie Gebrüder Böhrler etwas nach, während Daimler unter mäßigen Schwankungen sich um etwa 1% erhob. Schiffahrtspapiere waren vernachlässigt, Hansa zogen etwas an. Als gebessert sind ferner zu nennen Prior Heineich-Bahn und Orientbahn-Aktien, während Türkische Tabakaktien nicht voll Hauptrolle blieben. Im freien Verkehr zeigte sich Kaufkraft in Heildurg-Kali bei anziehenden Kursen. Am Anleihemarkt wurde deutsche Anleihen wenig verändert. Ausländische fest unter Vorzug von Mexikaner. Berliner Devisen unverändert.

Frankfurt, 18. Febr. (Pr.-Tel.) Die Zulassung der 12 Mill. neuen Aktien des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation zu Bochum, sowie der nom. 1900 000 M. Vorzugsaktien Nr. 1-1900 und nom. 540 000 M. Stammaktien Nr. 1901-2440 der Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. Brouer u. Co. in Höchst zur Notierung wurde genehmigt.

Aus Stadt und Land.

Die Evangelisch-Soziale Vereinigung für Baden

Am Montag abend im Gastsaal eine Versammlung ab, in der Herr Stadtpfarrer Dr. Lehmann über Bedeutung und Wert einer evangelischen Kirche für das Volk...

Wohnungen der Stadt Mannheim auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung.

3. Notwohnungen. Zunächst bestand keinerlei Mangel, die für Notwohnungen erforderlichen Räume zur Verfügung zu stellen. Das Bürgermeisteramt erließ daher am 16. März 1918 die Aufforderung...

Theater, Kunst und Literatur.

„Fragos Hochzeit“ in Baden-Baden. Unser Baden-Badener Mitarbeiter schreibt: Fast ausschließlich musikalische Hervorragungen waren es, welche dem Baden-Badener musikalischen Publikum auf der neuen Kurhaus...

Wohnungen als Familienwohnungen nur Teile in Anspruch genommen werden, die als räumlich und wirtschaftlich selbständige Wohnungen sich eignen. Es soll zunächst nur vermieden werden, in Teile einer benutzten Wohnung Familien einzumischen...

Die eingewiesenen neuen Mieter sollen womöglich einen eigenen Abort, eine eigene Wasserleitung und eine Feuerstelle, die zum Kochen der Speisen sich eignet, erhalten. Eingetragene und sozialpolitische Veränderungen zum Zweck der Herstellung von nur vorübergehend verwendbaren Familienwohnungen sollen zunächst vermieden werden.

4. Wohnungsfrage.

Es werden zwar nur gute, menschenwürdige Räume zugelassen, jedoch birgt die Herstellung von zahlreicher Notwohnungen die Gefahr in sich, daß der durch die langjährige Wohnungslosigkeit...

Ernennung zum Sachverständigen. Die Wassenkalk-Kommission umgibt sich bei ihren Verhandlungen mit der Entente über die Ernennung unseres Volkes mit Sachverständigen. Herr Direktor Ernst Bodenheimer des Süddeutschen Städteinstituts ist von der Reichsregierung zum Sachverständigen ernannt worden.

Ausfuhrbewilligung vom besetzten in das nicht besetzte Gebiet. Nach Mitteilung des Badischen Ministeriums für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen haben durch Verfügung des Marschalls Hoch die bei den östlichen französischen Militärkommandos errichteten Wirtschaftsabteilungen das Recht, die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten in das rechtsrheinische unbesetzte Gebiet zu bewilligen.

Fürsorge für die vertriebenen Elb-Lothringer. Auf Einladung der Reichsregierung fand gestern im Schlosshotel in Karlsruhe eine Beratung über die den Vertriebenen und Flüchtlingen aus Elb-Lothringen zu gewährende Fürsorge statt.

Das Junge Deutschland. Die Gesellschaft zur Pflege junger Dichtung, hat im letzten Jahre 16.000 M. als Ehrengehälter und Stipendien unter folgende Dichter zur Verfügung gebracht: Rudolf Veit, Walter Eblis, Reinhard Goring, Walter Dürrenmatt, Adolf v. Harnfeld, Friedrich Löffler, Paul Kornfeld, Otto Kraus, Eise Koller-Schäfer, Karl Lauerer, Rudolf Panwitz, Fritz von Ullrich, Gustav von Wangenheim, Franz Werfel, Otto Jara, Arnold Zweig und Frau Reinhard Sorge.

Das Junge Deutschland. Die Gesellschaft zur Pflege junger Dichtung, hat im letzten Jahre 16.000 M. als Ehrengehälter und Stipendien unter folgende Dichter zur Verfügung gebracht: Rudolf Veit, Walter Eblis, Reinhard Goring, Walter Dürrenmatt, Adolf v. Harnfeld, Friedrich Löffler, Paul Kornfeld, Otto Kraus, Eise Koller-Schäfer, Karl Lauerer, Rudolf Panwitz, Fritz von Ullrich, Gustav von Wangenheim, Franz Werfel, Otto Jara, Arnold Zweig und Frau Reinhard Sorge.

Das Junge Deutschland. Die Gesellschaft zur Pflege junger Dichtung, hat im letzten Jahre 16.000 M. als Ehrengehälter und Stipendien unter folgende Dichter zur Verfügung gebracht: Rudolf Veit, Walter Eblis, Reinhard Goring, Walter Dürrenmatt, Adolf v. Harnfeld, Friedrich Löffler, Paul Kornfeld, Otto Kraus, Eise Koller-Schäfer, Karl Lauerer, Rudolf Panwitz, Fritz von Ullrich, Gustav von Wangenheim, Franz Werfel, Otto Jara, Arnold Zweig und Frau Reinhard Sorge.

Das Junge Deutschland. Die Gesellschaft zur Pflege junger Dichtung, hat im letzten Jahre 16.000 M. als Ehrengehälter und Stipendien unter folgende Dichter zur Verfügung gebracht: Rudolf Veit, Walter Eblis, Reinhard Goring, Walter Dürrenmatt, Adolf v. Harnfeld, Friedrich Löffler, Paul Kornfeld, Otto Kraus, Eise Koller-Schäfer, Karl Lauerer, Rudolf Panwitz, Fritz von Ullrich, Gustav von Wangenheim, Franz Werfel, Otto Jara, Arnold Zweig und Frau Reinhard Sorge.

Das Junge Deutschland. Die Gesellschaft zur Pflege junger Dichtung, hat im letzten Jahre 16.000 M. als Ehrengehälter und Stipendien unter folgende Dichter zur Verfügung gebracht: Rudolf Veit, Walter Eblis, Reinhard Goring, Walter Dürrenmatt, Adolf v. Harnfeld, Friedrich Löffler, Paul Kornfeld, Otto Kraus, Eise Koller-Schäfer, Karl Lauerer, Rudolf Panwitz, Fritz von Ullrich, Gustav von Wangenheim, Franz Werfel, Otto Jara, Arnold Zweig und Frau Reinhard Sorge.

Das Junge Deutschland. Die Gesellschaft zur Pflege junger Dichtung, hat im letzten Jahre 16.000 M. als Ehrengehälter und Stipendien unter folgende Dichter zur Verfügung gebracht: Rudolf Veit, Walter Eblis, Reinhard Goring, Walter Dürrenmatt, Adolf v. Harnfeld, Friedrich Löffler, Paul Kornfeld, Otto Kraus, Eise Koller-Schäfer, Karl Lauerer, Rudolf Panwitz, Fritz von Ullrich, Gustav von Wangenheim, Franz Werfel, Otto Jara, Arnold Zweig und Frau Reinhard Sorge.

Das Junge Deutschland. Die Gesellschaft zur Pflege junger Dichtung, hat im letzten Jahre 16.000 M. als Ehrengehälter und Stipendien unter folgende Dichter zur Verfügung gebracht: Rudolf Veit, Walter Eblis, Reinhard Goring, Walter Dürrenmatt, Adolf v. Harnfeld, Friedrich Löffler, Paul Kornfeld, Otto Kraus, Eise Koller-Schäfer, Karl Lauerer, Rudolf Panwitz, Fritz von Ullrich, Gustav von Wangenheim, Franz Werfel, Otto Jara, Arnold Zweig und Frau Reinhard Sorge.

Das Junge Deutschland. Die Gesellschaft zur Pflege junger Dichtung, hat im letzten Jahre 16.000 M. als Ehrengehälter und Stipendien unter folgende Dichter zur Verfügung gebracht: Rudolf Veit, Walter Eblis, Reinhard Goring, Walter Dürrenmatt, Adolf v. Harnfeld, Friedrich Löffler, Paul Kornfeld, Otto Kraus, Eise Koller-Schäfer, Karl Lauerer, Rudolf Panwitz, Fritz von Ullrich, Gustav von Wangenheim, Franz Werfel, Otto Jara, Arnold Zweig und Frau Reinhard Sorge.

Das Junge Deutschland. Die Gesellschaft zur Pflege junger Dichtung, hat im letzten Jahre 16.000 M. als Ehrengehälter und Stipendien unter folgende Dichter zur Verfügung gebracht: Rudolf Veit, Walter Eblis, Reinhard Goring, Walter Dürrenmatt, Adolf v. Harnfeld, Friedrich Löffler, Paul Kornfeld, Otto Kraus, Eise Koller-Schäfer, Karl Lauerer, Rudolf Panwitz, Fritz von Ullrich, Gustav von Wangenheim, Franz Werfel, Otto Jara, Arnold Zweig und Frau Reinhard Sorge.

lingen aus Elb-Lothringen zu gewährende Fürsorge hat, an der Vertreter der Reichsregierung und der Flüchtlinge, ferner des badische. Ministeriums und des Roten Kreuzes in größter Zahl teilnahmen. Im Verlaufe der Beratung, in der Unterstaatssekretär Dr. Kewald-Bein den Vorsitz führte, wurde insbesondere betont, daß die bisherige Fürsorge für die vertriebenen Elb-Lothringer ganz ungenügend gewesen sei.

Die Ortsgruppe Mannheim des Reichsbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen G. B., Lulistraße 19, verweist die Angehörigen der Augenblinde in Japan Internierten auf einen Artikel in der Unterhaltungsbeilage Nr. 28 der Tageszeitung „Kombi“ Berlin, Nr. 71, vom 8. Februar ds. Jg. Entgegen der allgemeinen Ansicht wird in dem betr. Artikel über die Behandlung unserer Gefangenen recht kluge Ratschläge gegeben.

Steigender Wasserstand von Rhein und Neckar. Sowohl die Schneeschmelze im Gebirge wie das Regenwetter der letzten Tage haben einen erhöhten Wasserstand von Rhein und Neckar im Gefolge. Dieser macht sich allerdings am hiesigen Fluß wie auch am Mittel- und Niederrhein erst in den nächsten Tagen fester bemerkbar.

Pollverbericht vom 18. Februar (Schluß).

Ausgegriffener unbekannter Knabe. Am 14. ds. Mts., abends kurz vor 10 Uhr, wurde im Bürgerautomatenrestaurant, K. L. ein noch unbekannter, etwa 8 Jahre alter Knabe aufgegriffen und im St. Antonhaus vorläufig untergebracht.

Unfall. Die 10 Jahre alte Tochter eines in der Rheinbühnenstraße wohnenden Gärtners, glitt in der elterlichen Wohnung aus und brach den linken Unterschenkel.

Verhaftet wurden 22 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter ein unterkommunistischer Arbeiter von Jählingen wegen Entwendung von 3 Schweinen, 3 Enten und 3 Enten, ein Möbelhändler von hier wegen Einbruchdiebstahls in einem Kolonialwarengeschäft, 8 weitere Personen wegen Diebstahls und ein Steinbruder von hier wegen Schleichhandels.

Vergnügungen.

Der Trompeter von Säckingen. Hof. Bild. von Scheffels prächtige Heimatdichtung, ist nun auch verfilmt worden. Sie wird seit wenigen Tagen in den Palastspielen vorgeführt. Es muß anerkannt werden, daß das filmische Arrangement mit großem Geschick durchgeführt worden ist.

Stimmen aus dem Publikum. Der Besetzungsgang 3107 der Straße Mannheim-Sandhofen ist seit einiger Zeit von 7.42 Uhr vormittags auf 7.34 Uhr verlegt worden. Im Waldhof muß dieser Zug täglich 10 Minuten warten, um den Anschluß des Garnisonszug am 7.32 Uhr eintreffenden Zuges 2663 aufzunehmen.

Aus dem Lande.

Heidelberg, 17. Febr. Die Siedlungs-Gesellschaft für den Kreis Heidelberg wird, nachdem fast alle Gemeinden des Heidelberger Bezirkes und die Gemeinden des aus Zweckmäßigkeitsgründen mit einbezogenen Amisbezirkes Wiesloch in der Mehrzahl beigetreten sind, noch im Laufe dieses Monats gegründet werden.

Offenburg, 12. Febr. Im besetzten Hanauerland haben die Franzosen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse festgelegt und zwar wird für ein Pfund Butter 1.30 M. und für einen Liter Milch 10 Pfg. bezahlt.

Konstanz, 13. Febr. Die Postzeit verzögerte einen Schleichhändler, einen Kaufmann aus München, der Waren im Werte von 20-25.000 M. ausfuhr. In der Schweizerischen Gemeinde Ermatingen ist man einer großartigen Schmuggelaffäre auf die Spur gekommen; es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Das Junge Deutschland. Die Gesellschaft zur Pflege junger Dichtung, hat im letzten Jahre 16.000 M. als Ehrengehälter und Stipendien unter folgende Dichter zur Verfügung gebracht: Rudolf Veit, Walter Eblis, Reinhard Goring, Walter Dürrenmatt, Adolf v. Harnfeld, Friedrich Löffler, Paul Kornfeld, Otto Kraus, Eise Koller-Schäfer, Karl Lauerer, Rudolf Panwitz, Fritz von Ullrich, Gustav von Wangenheim, Franz Werfel, Otto Jara, Arnold Zweig und Frau Reinhard Sorge.

Das Junge Deutschland. Die Gesellschaft zur Pflege junger Dichtung, hat im letzten Jahre 16.000 M. als Ehrengehälter und Stipendien unter folgende Dichter zur Verfügung gebracht: Rudolf Veit, Walter Eblis, Reinhard Goring, Walter Dürrenmatt, Adolf v. Harnfeld, Friedrich Löffler, Paul Kornfeld, Otto Kraus, Eise Koller-Schäfer, Karl Lauerer, Rudolf Panwitz, Fritz von Ullrich, Gustav von Wangenheim, Franz Werfel, Otto Jara, Arnold Zweig und Frau Reinhard Sorge.





